«Sustainable Finance wird zum Standard»

Interview: René Maier; Bilder: Marco Zanoni

Nachhaltige Finanzierungen sind im Aufwind. Die Schweiz ist in diesem Bereich im internationalen Vergleich erst Durchschnitt, obwohl der Finanzplatz grosses Potenzial hat, sagt *Jean-Daniel Gerber*, Präsident von Swiss Sustainable Finance.

Sie waren in den 1990er-Jahren Exekutivdirektor der Weltbank. Ist das globale Finanzsystem heute nachhaltiger als damals?
Die Frage ist eher, ob es krisenanfälliger als in den 1990er-Jahren ist. Ich denke, damals war das Finanzsystem in den Industriestaaten nicht so krisenanfällig wie in den Entwicklungsländern. Heute ist es eher umgekehrt. Denn trotz der im Zuge der Krise von 2008 getroffenen Korrekturmassnahmen ist die Krisenresistenz noch ungenügend.

Dort, wo nachhaltige Investitionen am nötigsten sind, funktioniert oft der Staat nicht gut. Kann man dort mit einem sustainable Investment etwas erreichen oder ist es nur ein Schönwetter-Instrument?
Im Gegenteil: Nachhaltige Finanzierung ist ein Schlechtwetter-Instrument. Sie ist im Prinzip eine Versicherung: Man trifft und leistet die nötigen Vorkehrungen, um die Risiken im ESG-Bereich Umwelt, Soziales und Governance zu mindern.

Die Überalterung der Bevölkerung ist ein immanentes soziales und wirtschaftliches Zukunftsproblem. In diesem Zusammenhang steuern wir auch auf erhebliche Probleme in der Altersvorsorge zu. Gibt es dazu nachhaltige Lösungsansätze in der Finanzindustrie?
Die Altersvorsorge ist ein klares Beispiel einer Finanzierung, die nicht nachhaltig ist. Immer weniger jüngere, arbeitstätige Menschen müssen für immer mehr Pensionäre aufkommen. Der Nachhaltigkeitsaspekt «Governance» wird in dieser Problematik sträflich vernachlässigt, weil die Entscheide politisch gesteuert sind, so zum Beispiel die Festlegung des Umwandlungssatzes.

Das klingt nicht sehr zuversichtlich.
Immerhin haben wir das Drei-Säulen-Modell: AHV, Pension, Ersparnisse. Wenn es einer Säule schlecht geht, geht es den anderen zwei vielleicht etwas besser, und es findet so ein Ausgleich statt. Klar, die AHV steht nicht gut da. Es ist stossend, dass die Pensionäre zum Teil auf dem Buckel der jüngeren Generationen leben.

Bei institutionellen Anlegern wie Pensionskassen sind nachhaltige Investments bislang noch nicht auf grosse Resonanz gestossen. Wieso?
Einerseits gibt es in der Schweiz keine Auflagen dazu, wie stark unsere Pensionskassen Nachhaltigkeitskriterien bei ihren Investitionen berücksichtigen müssen. Anderseits fokussieren die PKs ihre Aufmerksamkeit verständlicherweise auf den Ertrag. Allerdings gehen dabei offenbar immer noch viele PK-Verwalter davon aus, dass eine nachhaltige Investition weniger Return bringt als traditionelle Anlagen. Diese Ansicht ist falsch und wird mittlerweile durch viele Studien widerlegt.

Und das ist tatsächlich noch nicht bei den Pensionskassen angekommen?
Bei einigen schon. Diese haben den Verband SVVK-ASR gegründet, der den Nachhaltigkeitskriterien mehr Beachtung verschaffen will. Ich hoffe natürlich, dass PKs auch beim SSF Mitglied werden. Wir ziehen am gleichen Strick.

Aus Nachhaltigkeitssicht sollte die Realwirtschaft idealerweise in eine grüne, für jedermann frei zugängliche Wirtschaft transformiert werden, und der Finanzsektor soll diesen Wandel ermöglichen und beschleunigen. Kann das ein Sektor, der so stark gewinnorientiert ist?
Jedes Unternehmen, das der Konkurrenz ausgesetzt ist, strebt aus Überlebensgründen nach Gewinn. Aber das Problem ist, dass die Unternehmen viertel- oder halb- ›

Jean-Daniel Gerber: «Das Ziel ist es, die Schweiz zu einem führenden Zentrum für nachhaltige Finanzen zu machen.»

› jährlich Bericht erstatten müssen. Und wenn man eine grosse Investition beispielsweise im Umweltbereich macht, belastet das kurzfristig die Erfolgsrechnung. Positiv ist, dass in der Schweiz schon viele Unternehmen vorausschauend Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen, weil sie wissen, dass es sich längerfristig auszahlt und dass damit das Eingreifen des Regulators vermieden werden kann.

Sie plädieren also für möglichst wenig Staat.
Staat und Unternehmen sollten Hand in Hand arbeiten. Auch bei SSF versuchen wir zusammenzuarbeiten. So haben die SFF-Mitglieder zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt letzthin den Bericht «Proposals for a Roadmap towards a sustainable Financial System in Switzerland» herausgegeben.

Kann ein nachhaltiges Finanzsystem über Marktmechanismen erreicht werden oder muss der Finanzsektor entsprechend reguliert werden?
Wo Markt ist, braucht es im Prinzip keine Regulierung. Wo aber Marktversagen herrscht, zum Beispiel in Teilen des Umweltbereichs oder bei Monopolen, muss der Staat regulieren.

Bei der Finanzkrise gab es ein klares Marktversagen.
Nicht unbedingt, die Marktteilnehmer haben eher die klaren Zeichen des Marktes verkannt. Nun haben die Banken ja ihr Eigenkapital erhöht nach den Bedingungen des Financial Stability Boards. Hätten die Banken vor der Krise genügend Liquidität gehalten, hätte sich die Krise vermeiden lassen oder sie wäre zumindest nicht so stark ausgefallen.

Ist ein nachhaltiges, stabiles Finanzsystem nicht eine Illusion?
Die dauerhafte Stabilität des Finanzsystems wird es nie geben. Wir hinken immer einen Schritt hinter den Entwicklungen hinterher. In den 1970er-Jahren war Inflation das Problem, in den Achtzigern und Neunzigern war es die Verschuldung der Entwicklungsländer, 2008 waren es die unterkapitalisierten Banken, und jetzt ist es das Niedrigzinsumfeld, das den Marktakteuren falsche Signale sendet.

Was macht Ihnen derzeit aus der Nachhaltigkeitsperspektive am meisten Sorgen?
Die grosse Verschuldung von Staaten und die tiefen Zinsen. Hinzu kommt für die Schweiz noch die unsichere Lage bezüglich des Euro und ihr Verhältnis zur EU.

Ist die Governance von Banken nachhaltig?
Im internationalen Vergleich stehen die Schweizer Banken gut da. Sie erfüllen beim Eigenkapital die Basel-Standards und legen sogar noch mehr vor, sind diesbezüglich also durchaus kompetitiv. Betrachtet man aber den Umfang des nachhaltigen Investierens im Finanzsystem, schneidet die Schweiz nicht sehr gut ab. Wir sind zwar Spitze in der Mikrofinanzierung, aber in anderen Bereichen sind wir nicht besser als der Durchschnitt der wichtigen Finanzplätze.

Wo besteht Nachholbedarf?
Ziel ist, die Schweiz zu einem führenden Zentrum für nachhaltige Finanzen zu machen, was Wachstumschancen bietet und gesellschaftlichen Nutzen stiftet. Gefordert sind alle, Banken, Dienstleister und Asset Owner, insbesondere die Pensionskassen, die sehr viel Vermögen verwalten und erst seit Kurzem mit Nachhaltigkeitsfragen konfrontiert werden. Aber auch bei der Transparenz und Ausbildung müssen wir Fortschritte machen – etwa, wie auf Basis der Nachhaltigkeitskriterien investiert werden kann und wie entsprechend rapportiert werden muss.

Was für ein Interesse haben Banken, den Nachhaltigkeitsbereich voranzutreiben?
Der Schweizer Finanzplatz hat als grösster Vermögensverwalter privater Vermögen eine wesentliche Motivation, den Nachhaltigkeitsgedanken zu fördern. Das verschafft den Banken einen Wettbewerbsvorteil, weil immer mehr Institutionen und vermögende Privatkunden nicht nur einen Return auf ihren Anlagen erwarten, sondern auch wissen wollen, was ihr Geld konkret bewirkt. Sie wollen explizit nach den Kriterien der Nachhaltigkeit investieren und weisen die Banken auch dazu an. Ganz abgesehen davon sollten die Banken auch wegen der Reputationsrisiken auf Nachhaltigkeit setzen.

Ist es also eine Art Gruppendruck?
Ja. In der Schweiz geben bereits alle multinationalen Unternehmen in oder neben den Geschäftsberichten Auskunft über ihre Tätigkeit im ESG-Bereich. Sie machen dies nur schon aus Reputationsgründen.

Wie kann und will der Staat Einfluss nehmen?
Der Staat sollte keinen Einfluss nehmen, solange die Unternehmen selber handeln. Er sollte nur eingreifen, wenn zum Beispiel das Finanzsystem nicht mehr nachhaltig ist, wie das etwa in der Finanzkrise 2008 der Fall war. Der Staat ist aber auch gefordert, vergleichbare Nachhaltigkeitsstandards festzulegen, damit die Marktteilnehmer mit gleichlangen Spiessen kämpfen können und es nicht zu Marktverzerrungen kommt. Weiter ist der Staat gefordert, bei den Rahmenbedingungen Anreize für nachhaltige Finanzierungen zu schaffen. So bei steuerlichen Aspekten; zum Beispiel Abzugsmöglichkeiten bei Umweltinvestitionen oder Belohnung von Aktionären, die langfristig und nicht spekulativ Aktien halten.

Nachhaltigkeit ist ein sehr breit verwendeter Begriff. Was genau verstehen Sie unter «sustainable Finance»?
Eine allgemeine Definition ist folgende: «Nachhaltige Finanzierungsdienstleistungen umfassen sämtliche Produkte und Dienstleistungen, die Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekte in strukturierter Form in den Gesetz- und Anlageentscheid einbeziehen, zum Nutzen der Kunden einerseits sowie der Gesellschaft als Ganzes anderseits.»

Das ist nicht sehr konkret.
Ja, die Definition klingt theoretisch. Und im Übrigen fehlt neben den drei ESG-Kriterien Umwelt, Soziales und Governance die Rendite, die ein Investment abwerfen sollte. Denn, wenn der Renditeaspekt zu kurz kommt, ist eine Finanzierung eben nicht nachhaltig – dann hat sie eher Spendencharakter.

Was steht am Anfang dieser Kette: Die Umwelt, das Soziale, die Governance oder die Rendite?
Das hängt vom Projekt ab. Wenn man beispielsweise im Heizungsbereich investiert, steht der Umweltbereich im Vordergrund. Wenn man aber Arbeitsplätze schaffen will, stehen Governance- und Renditeüberlegungen im Vordergrund, und wenn man im sozialen Bereich investieren will, geht man in Impact Investing, also in jene Bereiche, die vornehmlich sozial relevant sind.

Wie stellen Sie sicher, dass ESG-Kriterien für Finanzdienstleister mehr sind als nur ein Marketingkonzept?
ESG ist schon heute mehr als bloss ein Marketingkonzept. Wir zeigen durch Ausbildung und Transparenz auf, dass nachhaltige Anlagen gemäss ESG-Kriterien einen ebenso guten Return bringen wie konventionelle Anlagen. Nachhaltigkeitskriterien werden im Anlagegeschäft schon heute relativ gut berücksichtigt, im Kreditgeschäft allerdings weniger.

Welche Bedeutung wird «sustainable Finance» in zehn Jahren haben?
Sustainable Finance wird im Finanzierungsprozess Standard sein. Daneben wird es eine breite Vielfalt von innovativen Produkten geben, bei denen weiterführende Kriterien angewendet werden, zum Beispiel nachhaltige Themenfonds wie Investitionen in Unternehmungen, die Arbeitsplätze schaffen und nicht einfach wegrationalisieren oder Investitionen, die vorgängig nach nationalen und internationalen Standards überprüft worden sind. Für die Investoren wird das Anlagespektrum somit vielfältiger sein.

Und werden dannzumal die Finanzinstitute in einem besseren Licht als heute dastehen?
Ich denke schon. Aber die Konkurrenz wird auch zunehmen. Jene Finanzinstitute, die den Nachhaltigkeitsgedanken gut umsetzen, werden einen Wettbewerbsvorteil haben. Für jene Unternehmen, welche die Kriterien nicht berücksichtigen, steigen hingegen die Reputationsrisiken. Gut möglich, dass es in Zukunft Ranglisten geben wird, die aufzeigen, wer in Sachen Nachhaltigkeit wie abgeschnitten hat.

Was hat Sie dazu bewogen, Präsident von Swiss Sustainable Finance zu werden?
Der Gedanke und die Entwicklung der Nachhaltigkeit war in meinem beruflichen Lebensweg ständiger Begleiter. Swiss Sustainable Finance finde ich interessant, weil man in der Schweiz punkto nachhaltiger Finanzierung noch viel bewegen kann. •

«Der Finanzplatz Schweiz hat als grösster Vermögensverwalter privater Vermögen eine wesentliche Motivation, den Nachhaltigkeitsgedanken zu fördern.»

JEAN-DANIEL GERBER

DER ENGAGIERTE

Jean-Daniel Gerber (1946), Präsident von Swiss Sustainable Finance, blickt auf eine lange Karriere im Staatsdienst zurück. Er hat das Studium als Ökonom und war in den späten 1970er-Jahren Delegierter der Schweiz in der Welthandelsorganisation (WTO). Danach wechselte er zur Schweizer Botschaft in Washington als Chef der Abteilung Finanz, Wirtschaft und Handel. Zurück in der Schweiz leitete er den Dienst für wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit im damaligen Bundesamt für Aussenwirtschaft. Mitte der 1990er-Jahre war Gerber während fünf Jahren Exekutivdirektor in der Weltbank, bevor er Direktor des Bundesamtes für Migration wurde. Von 2004 bis 2011 war er Staatssekretär und Direktor des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO). Jean-Daniel Gerber nimmt aktuell verschiedene Mandate wahr, unter anderem als Präsident von Swiss Investment Fund for Emerging Markets (SIFEM) und als Verwaltungsrat von Lonza. 2008 erhielt Gerber den Ehrendoktor der Universität Bern.

SWISS SUSTAINABLE FINANCE

Der 2014 gegründete Verband Swiss Sustainable Finance (SSF) hat zum Ziel, die Position der Schweiz im globalen Markt für nachhaltige Finanzwirtschaft zu stärken.
Die Plattform zählt bereits über 90 Mitglieder und Netzwerk-Partner (Finanzdienstleister, Investoren, Universitäten, Vertreter der öffentlichen Hand und andere Organisationen). Die Mitglieder von SSF beschäftigen über 180 000 Mitarbeitende weltweit, über 90 000 in der Schweiz, und sie verwalten 700 Milliarden Franken an nachhaltigen Anlagen. Im Zentrum der SSF-Plattform stehen die Informationsvermittlung, Aus- und Weiterbildung der Mitglieder sowie Marktförderung im Bereich der nachhaltigen Finanzen. Zur Marktförderung gehören die Unterstützung für institutionelle Investoren, nachhaltige Anlagen im Private Banking sowie Entwicklungsinvestments. SSF will die Schweiz mittels politischem Dialog sowie nationaler und internationaler Repräsentation als ein führendes Zentrum für nachhaltige Finanzen positionieren.